

MEDIEN

BaZ Erschienen am: 18.11.2004

13-Jährige von der Basler Polizei weggesperrt

JETZT SOLL DIE ECUADORIANERIN AUSGESCHAFFT WERDEN

PHILIPP LOSER

Ein heikler Ausschaffungsfall beschäftigt die Basler Einwohnerdienste. Nachdem zwei Mädchen vor ihrem gewalttätigen Vater geflüchtet waren, müssen sie jetzt wieder zurück.

Die Basler Polizei ging nicht zimperlich vor. Am Sonntag griff sie zwei ecuadorianische Schwestern im Alter von 13 und 17 Jahren auf. Als diese ihre Adresse nicht bekannt geben wollten, wurden die beiden Sans-Papiers in Handschellen abgeführt. In zwei Einzelzellen im Waaghof verbrachten sie die Nacht. Die 13-Jährige wurde tags darauf von einer ehemaligen Lehrerin aus dem Gefängnis geholt, die ältere Schwester musste bleiben. Das muss sie noch bis übermorgen Samstag. Dann sollen beide ausgeschafft werden. Pierre-Alain Niklaus, Leiter der Basler Sans-Papiers-Anlaufstelle, überlegt sich nächste Schritte. Bereits vor einem Jahr hat er für die Mutter der beiden, die in der Schweiz untergetaucht ist, ein Härtefallgesuch eingereicht. Ein Entscheid auf das Gesuch steht aus. Aktiv wollen auch zwei Lehrerinnen der Schwestern werden. Sie beschreiben die Mädchen als «gut integriert».

Kein Verständnis für dieses Engagement hat das Polizei- und Militärdepartement. «Die beiden halten sich illegal in der Schweiz auf. Sie werden ausgeschafft», so Sprecher André Auderset. Auch die Mutter soll ausgeschafft werden. Auderset: «Wir haben für sie einen Platz im Flugzeug reserviert.»

> SEITE 21

BaZ Erschienen am: 18.11.2004

Verhaftet, gefesselt, isoliert

ZWEI SCHWESTERN FLÜCHTETEN VOR IHREM GEWALTÄTIGEN VATER - JETZT WERDEN SIE AUSGESCHAFFT

PHILIPP LOSER

«Wir wussten nicht, wohin mit ihnen.» Also steckte die Polizei die 13-jährige Ecuadorianerin und ihre 17-jährige Schwester je in eine Waaghof-Einzelzelle. Am Samstag sollen die beiden Sans-Papiers ausgeschafft werden.

«Sind die gefährlich?» - «Aber ja.» Hände auf den Rücken. Handschellen. Abtransport. Waaghof. Einzelzelle.

Isabel* sitzt ein wenig steif, als sie den Dialog der beiden Polizisten wiedergibt. Bewegt ihre Schultern fast nicht. Redet deutlich und langsam. Isabel ist 13 Jahre alt. Man sieht es ihr an. Mehr Mädchen als Frau, zierlich, zerbrechlich. Ihre Augen glänzen ein bisschen, aber sie verkneift sich das Weinen. Nur einmal, ganz kurz, verliert sie die Selbstbeherrschung. Als ihre Mutter zu weinen beginnt, kann sie die Tränen nicht mehr zurückhalten.

Isabel hat eine Nacht in einer Einzelzelle hinter sich. Am vergangenen Sonntag war sie mit ihrer Schwester Rosa* (17) im Gundeldinger Quartier unterwegs, als sie von der Polizei aufgegriffen wurde. Die beiden Schwestern sind Sans-Papiers. Vor zwei Jahren sind sie aus Ecuador geflüchtet und kamen zu ihrer Mutter in die Schweiz. Die ist schon vier Jahre hier. Sie hat die Scheidung eingereicht. Sie wurde von ihrem Mann geschlagen und gedemütigt.

Als die Polizei die beiden Schwestern aufgreift, will sie ihre Adresse wissen. Isabel und Rosa sagen nichts. Auf dem Posten Gundeli werden sie nackt auf Drogen untersucht, sie werden einzeln befragt,

man fesselt ihnen die Hände auf den Rücken, man schubst sie und bringt sie schliesslich einzeln in den Waaghof.

«Ich kam in die Zelle, und die Polizisten sagten mir, ich könne den roten Knopf drücken, falls ich Angst habe.» Isabel hat Angst. Sie ist nervös, will zu ihrer Schwester. Sie drückt den roten Knopf. «Schau doch noch ein bisschen Fernsehen», sagen die Polizisten der 13-Jährigen.

Nichts Aussergewöhnliches. Isabel macht kein Auge zu. Bereits am Abend zuvor hat eine ihrer ehemaligen Lehrerinnen versucht, sie aus dem Gefängnis zu holen. Sie darf bei der Befragung am nächsten Morgen dabei sein und bürgt mit ihrem Namen für sie. Isabel darf gehen. Ihre Schwester bleibt. «Ausschaffungshaft ist ab dem Alter von 15 Jahren möglich», sagt André Auderset, Sprecher des Polizei- und Militärdepartements Basel-Stadt. Auf die Frage, warum die Polizei eine 13-Jährige in eine Einzelzelle steckt, antwortet er: «Wir wussten nicht, wohin mit ihr. Sie hat uns eine falsche Adresse angegeben.» Auch die Handschellen seien nichts Aussergewöhnliches: «Das gehört zum Prozedere. Zum Schutz der Beamten und zum Schutz der Gefangenen.»

Es ist nicht das erste Mal, dass Isabel mit der Polizei zu tun hat. Vor einem Jahr erhielten sie, ihre Schwester und ihre Mutter nach einer Kontrolle eine Ausreisefrist gesetzt. Pierre-Alain Niklaus, Leiter der Basler Anlaufstelle für Sans-Papiers, beantragte darauf eine Härtefall-Aufenthaltsbewilligung. Der Bescheid der Basler Einwohnerdienste: Die Mutter soll den Entscheid im Ausland erwarten: «Damit ist der Entscheid faktisch gefallen», sagt Niklaus.

Die Mutter lässt mit ihren Töchtern den Ausreisetermin verstreichen und taucht unter. Sie hält sich mit Putzen über Wasser. Ihre Töchter besuchen die Schule. Isabel geht in die dritte Klasse einer Orientierungsschule, Rosa nutzt ein Brückenangebot. «Sie ist gut integriert. Lernt Deutsch, ist hilfsbereit», sagt Katharina Wüthrich, Lehrerin von Isabel, über ihre Schülerin. Ursula Kuratle, Lehrerin von Rosa an der Schule für Brückenangebote, pflichtet ihr bei. Sie wollen den Schwestern helfen.

Und das muss schnell geschehen. Am kommenden Samstag fliegen die beiden Schwestern in Zürich ab. Rekurs ausgeschlossen. «Die beiden Mädchen halten sich illegal in der Schweiz auf», sagt Auderset. Die hätten im Übrigen nicht nur den Vater, sondern auch noch andere Verwandte in Ecuador. *Namen geändert

BaZ Erschienen am: 18.11.2004

kommentar

Beschämend

PHILIPP LOSER

Es ist noch kein halbes Jahr her, als die Familie Estrada die Behörden beschäftigte. Unter massivem öffentlichem Druck mussten die Einwohnerdienste unter Bruno Varni nachgeben -die Familie durfte in der Schweiz bleiben. Gut möglich, dass bei den beiden jungen Ecuadorianerinnen jetzt ein ähnlicher Druck entsteht - nur kommt dieser wahrscheinlich zu spät.

War der Staatsapparat beim Fall der Familie Estrada zu lasch? Liess er sich von der Solidarität der Leute beeindrucken? Schaffte er damit ein Präjudiz? Vielleicht. Und offenbar ist genau das der Grund, warum er bei den beiden Mädchen so hart durchgreift. Um den letzten Fall zu kompensieren.

Rechtlich müssen sich die Einwohnerdienste nichts vorwerfen lassen. Menschlich schon. Es geht nicht darum, Gesetze nicht durchzusetzen. Aber wenn man das tut, muss es anständig geschehen. Es ist für einen Rechtsstaat unwürdig, 13-jährige Mädchen wie Schwerverbrecherinnen zu behandeln. Dass so etwas trotzdem passiert, ist beschämend.

philipp.loser@baz.ch

BaZ Erschienen am: 19.11.2004

Kein Pardon für Sans-Papiers

HEUTE FINDET EINE PROTESTAKTION GEGEN DIE AUSSCHAFFUNG STATT

PHILIPP LOSER

Die Interventionen der Sans-Papiers-Anlaufstelle bleiben fruchtlos: Die Einwohnerdienste werden die beiden Ecuadorianerinnen am Samstag ausschaffen. Jetzt tritt der «Freundeskreis Familie Estrada» wieder auf den Plan.

Die Verhaftung der 13-jährigen Isabel* und ihrer 17-jährigen Schwester Rosa* lässt nicht kalt. Die Anlaufstelle für Sans-Papiers in Basel hat für heute eine Protestaktion organisiert. Anwalt Guido Ehrler hat eine Beschwerde eingereicht. Amnesty International Schweiz hat sich bei Bruno Varni, dem Leiter der Basler Einwohnerdienste, gemeldet und will die Behandlung der beiden ecuadorianischen Mädchen bei der Polizei auch zum Thema machen.

«Eine Tatsache». Rosa sitzt immer noch im Waaghof. Ihre Schwester Isabel wurde am Montag nach einer Nacht in einer Einzelzelle wieder freigelassen. Die Sans-Papiers sollen am Samstag nach Ecuador ausgeschafft werden (vgl. baz von gestern).

Von dieser Haltung weichen die Einwohnerdienste nicht ab: «Die beiden halten sich illegal in der Schweiz auf. Das ist eine Tatsache. Ob das jetzt Herrn Niklaus passt oder nicht», sagt Bruno Varni. Die Aufgabe der Einwohnerdienste sei es, das Gesetz zu vollziehen: «Und bis jetzt ist alles korrekt abgelaufen.»

Trotzdem kann besagter Pierre-Alain Niklaus, Leiter der Basler Anlaufstelle für Sans-Papiers, einen Teilerfolg für sich verbuchen: Morgen findet bei Rosa* eine Haftüberprüfung statt. Die zusätzliche Haftüberprüfung sei ein weiterer Schritt, um alles möglichst korrekt ablaufen zu lassen, sagt André Auderset, Sprecher des Polizei- und Militärdepartements Basel-Stadt: «Nicht dass uns danach irgendjemand vorwerfen kann, wir hätten etwas Unrechtes getan.»

Bis gestern hatte es nicht danach ausgesehen, dass Rosa noch einem Haftrichter vorgeführt wird. Über diese Haftüberprüfung gibt es nämlich zwei Auffassungen. 96 Stunden darf eine Ausschaffungshaft längstens dauern, bis eine Haftüberprüfung vorgenommen werden muss. Wann diese 96 Stunden zu zählen beginnen, ist umstritten. Ein Streit, der sich jetzt in Luft aufgelöst hat.

Nicht aufgelöst haben sich dagegen die Bedenken von Pierre-Alain Niklaus, dass die beiden Schwestern ohne ihre Mutter, die seit mehr als vier Jahren in der Schweiz lebt und vor ihrem gewalttätigen Ehemann hierhin geflüchtet ist, nach Ecuador ausgeschafft werden sollen. Diesen Bedenken tritt André Auderset aktiv entgegen: «Wir konnten für die Mutter einen Platz im Flieger ergattern und haben das auch Herrn Niklaus mitgeteilt.» Auderset wäre es am liebsten, wenn die beiden Schwestern gleichzeitig mit der Mutter ausgeschafft würden: «Wenn wir die Mutter später aufgreifen, wird sie dann alleine nach Ecuador fliegen müssen.»

Solidaritätsaktion. So weit wollen es die Sympathisanten um Niklaus gar nicht kommen lassen. Heute wird von 12 bis 13.30 Uhr vor dem Spiegelhof ein «friedlicher Protest» stattfinden. Mit dabei sind auch Schülerinnen und Schüler, die mit den beiden Schwestern gemeinsam in die Klasse gingen.

Und mit dabei ist auch der «Freundeskreis Familie Estrada». In einer Mitteilung drückt der Freundeskreis sein Befremden über das Verhalten der Basler Polizei aus. «Wir verstehen nicht, warum die beiden Minderjährigen am Samstag ausgeschafft werden sollen. Dies ausgerechnet am internationalen Tag des Kindes unter dem Motto <Wir sind da - Kinder aus anderen Kulturen wirken mit>.» Der «Freundeskreis Familie Estrada» wurde im Frühling 2004 ins Leben gerufen. Er trug massgeblich dazu bei, dass die ecuadorianische Familie Estrada nicht ausgeschafft wurde. In der Mitteilung heisst es weiter: «Für uns ist die Situation der ecuadorianischen Mutter, die seit bald fünf Jahren in Basel lebt (...), vergleichbar mit der Situation der Familie Estrada. Deshalb hoffen wir auch hier auf eine menschliche Lösung.»

*Namen geändert

BaZ Erschienen am: 20.11.2004

Ein zweites Wunder bleibt aus

ÜBER 200 LEUTE DEMONSTRIERTEN GEGEN DIE AUSSCHAFFUNG ZWEIER MÄDCHEN

Betroffen. Die Klassenkameradinnen von Katherine und Jasmin demonstrierten vor dem Spiegelhof.
Foto Erwin Zbinden

PHILIPP LOSER

Trotz Demonstration, trotz Eingaben: Die Einwohnerdienste sehen bei der Ausschaffung der beiden ecuadorianischen Schwestern keinen Spielraum mehr.

Es ist eigentlich eine fröhliche Veranstaltung. Die Klassenkameraden von Jasmin und Katherine, den beiden ecuadorianischen Schwestern, die heute ausgeschafft werden sollen, haben sich vor dem Spiegelhof aufgestellt und halten Stofftiere in die Höhe. «Kein Kind ist illegal!», schreien sie, «Kinder in die Schule, nicht ins Gefängnis!»

«Sie fehlt uns». Über 200 Leute haben sich vor Spiegelhof versammelt, um für die Freilassung von Katherine, die seit Sonntag in Untersuchungshaft sitzt, zu protestieren. «Sie fehlt uns!», ruft ihre Lehrerin den Leuten zu. Hannes Reiser vom «Freundeskreis Familie Estrada» appelliert an eine menschlichere Politik, und Pierre-Alain Niklaus, Leiter der Anlaufstelle für Sans-Papiers, fordert eine Aufenthaltsbewilligung für die Schwestern. Die Leute applaudieren, johlen, klatschen. Bis Ursula Metzger vor die Menge tritt. Nachdem sie mit leiser Stimme gesprochen hat, werden die Leute ruhig. Die Anwältin hat das Resultat der Haftüberprüfung bekannt gegeben. Katherine muss im Gefängnis bleiben. Ihre Schwester Jasmin, die seit Montag wieder frei ist, steht auch in der Menge. Sie bricht in Tränen aus.

Spontan ziehen die Demonstranten durch die Innenstadt und legen vor dem Waaghof Stofftiere nieder. Um halb zwei löst sich die Versammlung auf, und die Sympathisanten starten einen letzten verzweifelten Versuch, die Ausschaffung zu verhindern. Eine Eingabe durch diverse Anwälte geht bei den Einwohnerdiensten ein, Grossrätin Margrith von Felten vom Grünen Bündnis schreibt eine Interpellation und auch die Abteilung Kindes- und Jugendschutz wird aktiv. Mit den Eingaben soll die Ausschaffung aufgeschoben werden. Die Eingaben bleiben aber allesamt nutzlos: «Nichts rechtfertigt eine aufschiebende Wirkung», sagt Polizeisprecher Klaus Mannhart. Die Eingaben wurden am späten Freitagnachmittag eingereicht und können nicht mehr in den gesetzlichen Fristen bearbeitet werden. Man werde an der Ausschaffung festhalten. Mannhart nervt sich über den Aktionismus: «Das Engagement ist kontraproduktiv und spielt den Rechtsparteien in die Hände, die noch einen härteren Vollzug des Asylrechts wünschen.»

Fritz Schneider vom «Freundeskreis Familie Estrada» dagegen erhofft sich ein «zweites Wunder». Wie bei der ecuadorianischen Familie Estrada, die im Frühling 2004 im letzten Moment eine Aufenthaltsbewilligung erhielt. Das Wunder wird sich nicht wiederholen. Der Flug nach Quito geht um halb fünf.

BaZ Erschienen am: 22.11.2004

Die beiden Schwestern sind ausgeschafft

BASLER EINWOHNERDIENSTE BLIEBEN HART

PHILIPP LOSER

Kein Happy End für die zwei minderjährigen Schwestern aus Ecuador: Sie mussten am Samstag die Schweiz verlassen. Die Anlaufstelle für Sans-Papiers kündigt rechtliche Schritte an.

Bis am Samstagmittag versuchten Pierre-Alain Niklaus von der Anlaufstelle für Sans-Papiers und seine Helfer die Ausschaffung von Jasmin (13) und Katherine (17) nach Ecuador zu verhindern. Vergeblich. Kurz nach 13 Uhr kam der Bescheid der Basler Einwohnerdienste: An der Ausschaffung wird festgehalten. Man sehe keinen Grund, damit zuzuwarten.

Die Anlaufstelle für Sans-Papiers bezeichnet den ganzen Fall als «menschlichen und rechtlichen Skandal». Am vergangenen Sonntag wurden die Schwestern verhaftet und mussten eine Nacht in Einzelhaft verbringen. Die Jüngere wurde am Montag wieder freigelassen, die Ältere blieb bis zur Ausschaffung in Haft. Laut der Sans-Papiers-Mitteilung von Sonntag sollen nun politische und rechtliche Schritte folgen. Bereits heute sind zwei Interpellationen im Grossen Rat deponiert. Insbesondere wird kritisiert, dass die beiden minderjährigen Mädchen ohne erwachsene Begleitung von Zürich nach Ecuador fliegen mussten.

Die Mutter der beiden blieb auch am Samstag untergetaucht und flog nicht mit. Sie fürchtet sich vor ihrem gewalttätigen Ehemann. Bei ihm sollen die beiden Schwestern wieder untergebracht werden.

> Reportage Seite 11

BaZ Erschienen am: 22.11.2004

Jasmins schwerer Abschied

DIE ECUADORIANISCHEN SCHWESTERN WURDEN AM SAMSTAG AUSGESCHAFFT - OHNE IHRE MUTTER

Traurig. Jasmin verabschiedet sich. Bis zum Schluss glaubte sie nicht daran, nach Ecuador fliegen zu müssen. Foto Tino Briner

PHILIPP LOSER

Alle Interventionen waren nutzlos: Die beiden ecuadorianischen Schwestern Jasmin (13) und Katherine (17) wurden am Samstag ausgeschafft. Ein trauriger Abschied. Und ein Abschied für immer.

Aufgewacht mit Madame Etoile im Ohr. Sie redet vom reinpfuschenden Saturn und dass man an diesem Wochenende der «unausweichlichen Konsequenz» ins Auge blicken müsse. Das Radio ausgeschaltet und den Blick aus dem Fenster gerichtet. Das Wetter passt zur unausweichlichen Konsequenz. Trüb. Verhangen. Trist.

Es passt auch zur Stimmung von Pierre-Alain Niklaus. Der Leiter der Anlaufstelle für Sans-Papiers in Basel sitzt kraftlos in seinem Zugabteil. Draussen zieht grau das Mittelland vorbei, drinnen redet Niklaus mit leiser Stimme. «Es ist schrecklich.» Bis zum letzten Moment hat er gekämpft, hat versucht, die Ausschaffung der beiden ecuadorianischen Schwestern Jasmin und Katherine zu verhindern.

Er hat seinen Kampf verloren.

Vier aus 300. Ein Anwalt hat am Samstagmorgen noch Kontakt mit den Basler Einwohnerdiensten gehabt. Eine ausführliche Antwort auf seine Eingaben werde nächste Woche erteilt. An der Ausschaffung werde festgehalten.

Noch am Freitag hatten beinahe 300 Leute für die Freilassung von Katherine protestiert, zogen voller Hoffnung durch die Innenstadt. Schrien, lachten, skandierten. Einen Tag später sind aus den 300 vier geworden. Neben Niklaus fahren nur drei Frauen mit dem Zug zum Zürcher Flughafen, um die Schwestern moralisch zu unterstützen. «Ich glaube, wir sind so wenig, weil die Fahrt nach Zürich ein Eingeständnis ist, verloren zu haben. Und es ist traurig, da hinzufahren», versucht Niklaus zu erklären. Isabelle Schaub ist eine der Frauen, die trotzdem mitfahren. Sie kennt die beiden Schwestern nicht, hat aber selber einen 13-jährigen Sohn und sagt: «Die Vorstellung, dass mein Sohn mit Handschellen gefesselt in einer Einzelzelle sitzt, bricht mir das Herz.» Die Fahrt nach Zürich sei ihr Beitrag, sie fühle sich betroffen, sie wolle sich wehren. Irgendwie. «Ich schäme mich heute, eine Schweizerin zu sein», sagt sie. «Am Tag des Kindes lässt der Staat Ballone steigen und gleichzeitig werden Kinder ausgeschafft. Das ist doch einfach unglaublich.» Sie ist wütend. Sie ist traurig. Sie hat einen roten Neocolor in den Händen und malt weiter an ihrem Schild. «Tag des Kindes - Tag der Schande» steht darauf geschrieben.

Auch Annemarie Hartmann hat Neocolor in den Händen. Sie ist die Älteste der Frauen. «Ich habe so lange geglaubt, die Schweiz sei gut. Und dann muss ich so alt werden, um zu merken, wie es wirklich ist.» Ihr ist das alles zu viel. Sie kann nicht verstehen, warum ein Polizist einer 13-Jährigen Handschellen anlegt. Sie kann nicht verstehen, dass man Kinder so behandelt. Sie kann nicht. Und malt weiter.

Als der Zug um 14 Uhr im Flughafen einfährt, stehen ein Mann und eine Frau auf dem Perron. Sie haben auch Blätter gemalt. Gemeinsam mit Niklaus und den drei Frauen fahren sie die Rolltreppen des Flughafens nach oben.

Jasmin hat die Rolltreppen schon hinter sich. Sie steht vor einem Schalter einer Fluggesellschaft und ist fast nicht zu sehen. Ihre Freundinnen Alina und Eleni sind mitgekommen. Sie halten sie fest. Nach Zürich gebracht wurde Jasmin von der gleichen Lehrerin, die sie auch aus dem Gefängnis geholt hat. Sie hat rot umrandete Augen. «Ich habe mich wie ein Unmensch gefühlt, als ich Jasmin von ihrer

Mutter trennte.» Klar habe man sich überlegt, mit Jasmin abzutauchen. Aber was wäre der Preis gewesen? Getrennt von der Schwester, in der Illegalität, ohne Schule. «Das wäre kein Leben gewesen», sagt die Lehrerin. Und zu viel für Jasmin. Ihr sei gar nicht bewusst, dass sie nie mehr in die Schweiz zurückkehren könne, sagt die Lehrerin. «Die Mutter weiss es.» Die Mutter wird heute nicht mitfliegen. Zu gross ist die Angst vor ihrem gewalttätigen Ehemann.

Inzwischen ist die Gruppe der moralischen Unterstützer noch um zwei Leute gewachsen. Ihre selbst gemalten Plakate legen sie auf den Boden, sie haben ein Transparent ausgebreitet, stehen still da. Die Passanten bleiben kurz stehen, schauen, huschen weiter. Es dauert keine fünf Minuten, bis die Gruppe von allen Seiten von Flughafenpolizisten umstellt ist. Sie haben Maschinengewehre umgehängt. Jasmins Freunde haben keine Bewilligung, um ihre Transparente zu zeigen. Ein Flughafenpolizist mit Glatze und Anzug weist die Demonstrierenden freundlich, aber bestimmt darauf hin.

Es ist Zeit. Pierre-Alain Niklaus bekommt das nicht mit. Auf dem Polizeiposten versucht er zu erreichen, dass sich Katherine von ihren Freunden verabschieden kann. Es ist sein letzter Kampf für heute. Wieder sieht es nicht gut aus. Katherine wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit ins Flugzeug gebracht.

Es ist zehn nach drei. Die unausweichliche Konsequenz wird physisch. Im Arm ihrer ehemaligen Lehrerin nähert sich Jasmin der Passkontrolle. Sie schluchzt, sie zittert, sie heult. Ihre Lehrerin auch. Jemand steckt ihr ein Asterixheft zu, sie bekommt es nicht mit. Vor der Schiebetüre steht eine Stewardess, sie wird Jasmin zum Flieger begleiten. Sie tippt mit dem Finger leicht gegen ihr Klemmbrett.

Es ist Zeit. Jasmin klammert sich an ihre Freundinnen. Jasmin klammert sich an ihre Lehrerin. «Ich will nicht gehen. Ich will nicht. Ich will nicht.» Sie sagt es immer wieder. Heult. Löst sich. Klammert wieder. Die Stewardess klopft auf ihr Klemmbrett. Die Lehrerin gibt Jasmin einen letzten Kuss auf die Stirne, hilft ihr in den schweren Rucksack und schiebt sie sanft von sich weg.

Ohne Geräusch öffnet sich die Türe zur Passkontrolle. Ohne Geräusch geht sie wieder zu.

Ausschaffung soll rechtliches Nachspiel haben

BASEL. Die Ausschaffung der beiden ecuadorianischen Schwestern ist am Samstag ohne Komplikationen abgelaufen. In Quito sollten die beiden von einer älteren Schwester abgeholt werden. Auch die Sans-Papiers-Anlaufstelle wird versuchen, ihnen in Ecuador nach Möglichkeit zu helfen. Die Basler Einwohnerdienste reagierten laut Pierre-Alain Niklaus, dem Leiter der Basler Anlaufstelle für Sans-Papiers, «erstaunt», weil auch Jasmin sich auf dem Flughafen in Zürich meldete. Dagegen rechneten die Einwohnerdienste fest damit, dass auch die Mutter mitfliegen würde. Das entsprechende Dossier lag am Schalter der Fluggesellschaft bereit.

Mit der Ausschaffung der Schwestern ist für Pierre-Alain Niklaus der Fall noch nicht abgeschlossen. Er überlegt sich weitere «rechtliche und politische» Schritte. Für die Anlaufstelle ist die Ausschaffung «aus menschlicher und rechtlicher Sicht ein Skandal». Sicher ist, dass die Ausschaffung im grossen Rat zum Thema wird. Bereits sind zwei Interpellationen eingereicht worden. Auch die drei verbleibenden Kandidaten für die Regierungsratswahlen vom kommenden Sonntag haben sich zum Fall geäussert. Bei einer Umfrage von «Telebasel» sprachen sich Eva Herzog (SP) und Guy Morin (Grüne) gegen die Ausschaffung aus. Mike Bammatter (FDP) zeigte Verständnis für das menschliche Leid der Schwestern. Er betonte aber, dass geltende Gesetze auch durchgesetzt werden müssten.

los

BaZ Erschienen am: 23.11.2004 nachrichten

Stiller Protest

BASEL. Die Anlaufstelle für Sans-Papiers plant am kommenden Donnerstagabend eine Menschenkette über die Mittlere Brücke. Damit wolle man gegen die Ausschaffung der beiden ecuadorianischen Schwestern demonstrieren, wurde gestern mitgeteilt. Die Verhaftung der 13- und 17-jährigen Schwestern, die Sans-Papiers sind, deren Behandlung im Gefängnis und die anschliessende Ausschaffung vergangenen Samstag seien unmenschlich und skandalös gewesen, so die Initianten.

los

Baslerstab BASEL 23.11.2004

Ausgeschaffte minderjährige Schwestern

Amnesty kümmert sich um Mädchen

Die Organisation will vor Ort intervenieren und wirft Basels Regierung vor, gegen Menschenrechte zu verstossen.

«Die Wegweisung von Jasmin und Katherine verstösst gegen Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention», sagt Jürg Keller, Mediensprecher der Schweizer Sektion von Amnesty International.

Die 13- und 17-jährigen Schwestern sind am Samstag in ihr Heimatland Ecuador ausgeschafft worden. Die Mädchen hielten sich seit zwei Jahren illegal in Basel auf. Angeblich waren sie vor dem gewalttätigen Vater hierher zur Mutter geflohen. Mitte November waren die beiden entdeckt worden. Die Basler Einwohnerdienste hatten darauf ihre Wegweisung verfügt.

Trotz Protestwelle liessen sich die Basler Behörden nicht von der Ausschaffung abhalten. Auch ein von Amnesty am Donnerstag geschickter Brief ist bis heute ohne Antwort geblieben. Darin fragt die Organisation unter anderem, welche Vorsichtsmassnahmen die Einwohnerdienste Basels getroffen haben, «um einer eventuellen Entführung der Mädchen durch deren Vater vorzubeugen».

«Die Sache ist für uns nicht erledigt», sagt Keller. «Wir möchten nach wie vor wissen, wie es zur Wegweisung kommen konnte.» Auch werde Amnesty International vor Ort aufmerksam verfolgen, was mit den beiden Minderjährigen in Ecuador passiert.

Paola Pitton

BaZ Erschienen am: 24.11.2004

Fall Jasmin: Linke werden aktiv

FÜR DIE BÜRGERLICHEN PARTEIEN GILT HINGEGEN DIE MAXIME: «GESETZ IST GESETZ»

Jasmin ist weg. Für die Basler Politik ist der Fall der beiden Schwestern aber noch lange nicht abgeschlossen. Foto Tino Briner

PHILIPP LOSER

Mit der Ausschaffung der Schwestern nach Ecuador ist ihr Fall noch nicht abgeschlossen. Die SP wird eine Aufsichtsbeschwerde einreichen.

Röbi Ziegler wirkt nachdenklich. «Unter Koellreuter wäre so etwas nie passiert.» Der Baselbieter SP-Landrat demonstrierte am Freitag mit über 200 anderen Sympathisanten gegen die Ausschaffung der beiden Schwestern Jasmin (13) und Katherine (17). Vergeblich. Am Samstag flogen sie ohne ihre Mutter nach Ecuador (vgl. nebenstehenden Text).

Tatsächlich stellt sich die Frage, ob unter dem Baselbieter alt Regierungsrat Andreas Koellreuter (FDP) die Mädchen ebenfalls ausgeschafft worden wären. Koellreuter griff während seiner Amtszeit als Direktor der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion mehrmals in ähnlich gelagerte Verfahren ein und erwirkte andere Lösungen. «Ich machte immer wieder mal den Spiegeltest», sagt Koellreuter, «ich musste mir selber noch in die Augen schauen können.» Das sei ihm bis zum Schluss gelungen. Er massiert sich aber nicht an, den jetzigen Fall in Basel zu beurteilen. Wie er selber entschieden hätte, sei sehr, sehr schwer zu sagen.

Ein Signal. Für Beat Jans, Parteipräsident der Basler SP, ist die Beurteilung der Lage einfacher: «Die Empörung ist gross. Wir tolerieren nicht, dass in unserem Kanton Kinder eingelocht werden.» Jans bemängelt, dass nachdem die Haftrichterin die Haft der älteren Schwester um zwei Wochen verlängert hatte, nicht mit der Ausschaffung zugewartet wurde. Seine Partei wolle nun ein Signal setzen. «Leider ist es für die beiden Mädchen zu spät. Aber wir wollen verhindern, dass sich so ein Fall wiederholen kann.» Das Signal, welches die SP setzen will, ist eine Aufsichtsbeschwerde bei der Regierung. In dieser werden die «zuständigen Behörden» in drei Punkten kritisiert: Die Kinderrechtskonvention sei verletzt worden, die Einzelhaft für Jasmin sei nicht zulässig gewesen und ausserdem gebe es eine Weisung von alt Polizeidirektor Karl Schnyder (DSP), welche verbiete, Jugendliche unter 15 Jahren ins Gefängnis zu stecken.

Polizeisprecher Klaus Mannhart ist eine derartige Weisung unbekannt: «Sie ist aber auch nicht relevant. Am Sonntagabend wussten wir nicht, wie alt das Mädchen ist. Als wir es am Montagmorgen merkten, kam sie in Obhut einer Gewährsperson.»

Noch immer keine Reaktion zum Fall Jasmin gibt es von der Regierung. Aber sie wird folgen. In der nächsten Sitzung des Grossen Rats am 8. Dezember. Dann sollen laut Regierungssprecher Felix Drechsler die beiden Interpellationen schriftlich beantwortet werden. Neben dem bekannten Vorstoss von Margrith von Felten (Grünes Bündnis) reichte gestern SP-Grossrätin Doris Gysin eine weitere Interpellation ein. Darin moniert sie, dass die Eingabe des Amtes für Kindes- und Jugendschutz nicht mehr berücksichtigt wurde. Neben den politischen Interventionen prüft der Anwalt Guido Ehrler momentan ausserdem eine Staatshaftungsklage.

Zurückhaltend. Es kann auch gut sein, dass der Fall in der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Rats Thema wird. «Wenn nach Beantwortung der Interpellationen noch Fragen offen sind, ist möglich, dass der Fall thematisiert wird», sagt Kommissionspräsident Hanspeter Gass (FDP). Im Moment sei aber nichts vorgesehen.

Zurückhaltend agieren die bürgerlichen Parteien. Für Daniel Stolz, FDP-Fraktionspräsident im Grossen Rat, ist der Fall der beiden ecuadorianischen Schwestern kein Thema mehr, «falls die Gesetze durch die Behörden eingehalten wurden». Aber davon gehe er aus.

Angelika Zanolari: «Wir haben ein Gesetz. Und das muss eingehalten werden.» Zanolari ärgert sich über die linken Parteien: «Es wird wieder ein neues Präjudiz geschaffen. Von denen haben wir seit dem Fall der Familie Estrada genug», sagt die SVP-Parteipräsidentin. Und sie finde es schäbig von der Mutter, dass sie nicht mitgeflogen sei: «Sie hat ihre Kinder im Stich gelassen.»

BaZ Erschienen am: 24.11.2004

gastbeitrag

Kinder-Ausschaffung

Illegal?

*Markus Knöpfli**

Unverhältnismässig. Die beiden ecuadorianischen Sans-Papiers-Mädchen Jasmin (13) und Kathrin (17) sind weg, zurück in Ecuador. Ausgeschafft von der Basler Polizei, die zuvor das jüngere Mädchen während einer Nacht und die 17-jährige während fünf Nächten in Einzelzellen festgehalten hatte. Der Grund für das unverhältnismässige Vorgehen der Basler Polizei ist gemäss Bruno Varni, Chef der Einwohnerdienste, so einfach wie klar: «Die beiden halten sich illegal in der Schweiz auf.»

Obschon juristischer Laie, wage ich zu bezweifeln, dass Polizei und Einwohnerdienste es ihrerseits mit der Legalität und mit den Rechten der Kinder genau nahmen. Ihre Sprecher Klaus Mannhart und André Auderset behaupten dies zwar, doch stellen sich Fragen:

Dürfen minderjährige Kinder für Vergehen und Straftaten ihrer Eltern zur Verantwortung gezogen oder gar inhaftiert werden? Im Fall der beiden Teenager ist dies geschehen. Sie hatten weder gestohlen noch sonst eine Straftat begangen. Ihr einziges «Vergehen»; sie haben sich ohne behördliche Genehmigung in der Schweiz aufgehalten. Dies wiederum ist auf einen Entscheid ihrer Mutter zurückzuführen: Diese kam vor vier Jahren mit ihren damals 9- und 13-jährigen Töchtern illegal in die Schweiz. Die Kinder konnten diesen Entscheid weder beeinflussen noch dessen Tragweite ermessen. Dennoch wurden sie nun für das gesetzwidrige Verhalten ihrer Mutter bestraft.

Eltern erpressen. Dürfen Behörden erpressen? Und dürfen sie dabei Kinder als Druckmittel missbrauchen? Zumindest in einem Rechtsstaat nicht. Dass dies nun die Basler Polizei tut, erschreckt. Dies darf auf keinen Fall Schule machen. Zum einen, weil Kinder generell vor behördlichen Druckversuchen geschützt bleiben müssen. Im Falle der Sans-Papiers kommt noch ein Aspekt dazu: Erhalten ihre Kinder nicht denselben Schutz, würden sie zu Freiwild und wären der behördlichen Willkür ausgesetzt. Von den wenigen Rechten, die ihnen zugestanden werden, würde zudem bald ein weiteres verletzt: das verbrieftete Recht der Kinder auf Schulbildung. Dieses Recht konnten bisher in Basel auch Kinder von Sans-Papiers in Anspruch nehmen. Falls die Polizei aber Kinder vor Schulhäusern festnehmen und als Druckmittel missbrauchen kann, geht bald keines mehr zur Schule - womit das Recht auf Schulbildung unterlaufen würde.

* Markus Knöpfli, Basel, Vater von drei Kindern

Baslerstab 24.11.04

Ausschaffung der ecuadorianischen Mädchen

Polizei geht in Offensive

Hatten die Schwestern doch recht guten Kontakt zu ihrem Vater?

Im Fall der beiden 13- und 17-jährigen Ecuadorianerinnen, die unter fragwürdigen Umständen ausgeschafft worden sind, geht nun Basels Polizeisprecher Klaus Mannhart in die Offensive: Das Verhältnis der Mädchen zu ihrem Vater soll doch nicht so kritisch sein wie angenommen.

«In der Ausschaffungshaft konnte die Ältere mit ihrem Vater und ihrer Schwester in Ecuador telefonieren», sagt Mannhart. «Sie tippte die Nummer ihres Vaters, mit dem sie jahrelang keinen Kontakt mehr gehabt haben will, gleich locker aus dem Gedächtnis.» Das Mädchen habe wählen können, wen sie in ihrer Heimat anrufe und habe sich sofort für den Vater entschlossen. «Beim Gespräch machte sie auch nicht den Eindruck, als habe sie ein besonders gespanntes Verhältnis zu ihm.»

«Das ist zynisch»

«Zynisch» findet Pierre-Alain Niklaus von der Basler «Sans Papiers»-Anlaufstelle diese Einschätzung: «Am meisten unter dem Vater gelitten haben die jüngere Schwester und die Mutter», so Niklaus. Zudem sei bekannt, dass Kinder, die von ihren Eltern Gewalt erfahren haben, nicht automatisch den Kontakt abbrechen. «Der eigentliche Skandal ist, dass die Töchter ohne ihre Mutter ausgeschafft wurden, obwohl diese das Sorgerecht hat.»

Mannhart erklärt auch das Vorgehen der Polizei: «Es ist Vorschrift, dass festgenommene Personen aus Sicherheitsgründen mit Handfesseln transportiert werden – zu ihrem Schutz und dem der Begleitpersonen.» Auch junge Mädchen könnten «kräftig um sich schlagen und zubeissen», dies zeige der Polizeialltag immer wieder.

Die Grenzwaache kennt das Problem: «Gerade junge Zigeunerinnen versuchen sich der Anhaltung regelmässig durch Flucht zu entziehen», sagt Sprecher Patrick Gantenbein. Die Grenzer dürfen vor Ort entscheiden, ob Fesseln nötig sind. «Die Grenzwaache vermeidet es jedoch nach Möglichkeit, Jugendlichen Handschellen anzulegen», Ähnlich ist es im Baselbiet: Hier wird nicht automatisch gefesselt, wenn mehrere Personen abgeführt werden: «Verhalten die sich kooperativ, wird auf Handfesseln verzichtet», sagt Polizeisprecher Meinrad Stöcklin. Schellen kämen nur zum Einsatz, «wenn die Lage zu eskalieren droht».

Auch die Unterbringung der Mädchen in Einzelzellen relativiert Mannhart. So seien die Schwestern in der Jugendabteilung des Waaghofs inhaftiert worden – «damit sie keine Absprachen treffen können».

Unicef schaltet sich ein

Diese Abteilung sei in einem separaten Trakt und habe eine andere Betreuung. «Hätten wir gewusst, dass die Jüngere erst 13 ist, wäre sie höchstwahrscheinlich nicht in eine Zelle gekommen, sagt Mannhart.» Indes interessiert sich Unicef für die Ausgeschafften. «Wir nehmen in den nächsten Tagen mit allen involvierten Seiten Kontakt auf», kündigt Mediensprecher Alexander Rödiger an. Ebenso ist die Basler SP aktiv geworden und hat eine Aufsichtsbeschwerde gegen das PMD eingereicht.

Jan Fischer

20min Publiziert am: 24. November 2004 21:38

Wegen Ausschaffung: Anwältin will klagen

Im Zusammenhang mit der Ausschaffung der Schwestern Jazmin (13) und Katherine (17) nach Ekuador vermutet Grossrätin Margrith von Felten (Grünes Bündnis) «krasses Fehlverhalten und grobe Rechtsverletzung» seitens der Basler Polizeibehörden.

«Da bisher auf alle unsere Fragen auffälliges Schweigen im PMD herrscht, reiche ich eine Interpellation ein», sagte Von Felten gestern an einer Pressekonferenz. So sollen die Hintergründe geklärt werden, die zur Inhaftierung und Ausschaffung der Schwestern Duran am 20. November geführt haben. Zudem bereitet die Anwältin der Familie eine Staatshaftungsklage gegen den Kanton vor: Das Basler Zivilgericht soll die Umstände der Ausschaffung abklären.

Weiter ruft die Anlaufstelle Sans Papiers dazu auf, heute ab 19 Uhr von der Helvetia bis zur Einwohnerkontrolle eine Menschenkette zu bilden.

(lvi)

BaZ Erschienen am: 25.11.2004

Fall Jasmin: Jetzt spricht die Mutter

CECILIA DURAN ERKLÄRT, WARUM SIE IHRE TÖCHTER NICHT NACH ECUADOR BEGLEITET HAT

PHILIPP LOSER

In einem emotionalen Brief an die Öffentlichkeit schreibt die Mutter der beiden ausgeschafften ecuadorianischen Schwestern, dass sie nicht in ihr altes Leben zurückkehren will.

«Ich appelliere hiermit an die Behörden und an die Schweizer Bevölkerung, insbesondere an alle Frauen und Mütter. Ich bitte sie, meine klagende Stimme zu hören und weiterhin Druck auf die Behörden zu machen und diese zu bitten, dass meine geliebten Kinder wieder zu mir in die Schweiz einreisen können.» Eine A4-Seite ist er lang, der «Brief an die Öffentlichkeit» von Cecilia Duran, der Mutter der beiden ausgeschafften ecuadorianischen Schwestern. Verteilt wurde das Schreiben gestern an einer Medienorientierung der Anlaufstelle für Sans-Papiers. Duran selber bleibt untergetaucht.

Im Brief geht die Mutter auf die Gründe ein, warum sie nicht mit ihren Töchtern nach Ecuador geflogen ist. «Ich weiss, dass ich die Möglichkeit hatte, mit ihnen in mein Land zurückzukehren», schreibt sie, «doch eine Rückkehr in mein Land bedeutet eine Rückkehr zum Leben von früher, welches für mich und meine Kinder nicht gut war.»

Was hier so verklausuliert daherkommt, wurde an der Medienorientierung ausgedeutet. Duran fürchtet sich vor ihrem Mann, der sie laut Angaben der Anlaufstelle massiv misshandelt hat. Es sei auch keine Option, dass sich die Mutter mit ihren Töchtern zwar in Ecuador, aber fern des Mannes niederlässt: «Ihr Mann ist ein Polizist in hoher Position. Er würde ihren neuen Wohnort herausfinden», sagte Konrad Meyer von der Diakoniestelle der Evangelisch-Reformierten Kirche Basel-Stadt.

Den Mädchen geht es nicht gut. Im Moment beobachten mehrere Organisationen, wie es den ausgeschafften Mädchen geht. Unter anderem sei «Amnesty International» in Ecuador aktiv geworden, wie der «Baslerstab» in seiner Ausgabe vom Dienstag schreibt. Vor den Medien wollten die Anwesenden keine näheren Angaben zum Zustand der Mädchen machen, die jetzt «im Umfeld des Vaters» wohnen. Es werde in Ecuador sehr genau verfolgt, was in der Schweiz über den Fall publiziert wird, sagte Konrad Meyer. Nur so viel: «Es geht den beiden Mädchen nicht gut.»

Darum ist das Ziel der Anlaufstelle klar: Die Schwestern sollen wieder zurück in die Schweiz kommen. Ein Härtefallgesuch, das vor über einem Jahr eingereicht wurde, ist noch nicht beantwortet. «Der Entscheid sollte bald fallen», meint Anwältin Ursula Metzger. Sie sei aber nicht sehr optimistisch, was diesen betreffe: «Wir werden jede Rekursmöglichkeit ausschöpfen.»

Seit gestern ist auch klar, dass Anwalt Guido Ehrler beim Basler Zivilgericht eine Staatshaftungsklage einreichen wird. Darin geht es um vier Punkte: Die «unzulässigen Haftbedingungen», die Inhaftierung der 13-Jährigen, das Überziehen der 96-Stunden-Frist bei der Ausschaffungshaft von Katherine und die mangelnde Abklärung der Situation der Mädchen. Metzger rechnet damit, dass Ehrler die Klage frühestens in drei Wochen einreichen wird.

Heute wird ausserdem ein zweiter stiller Protest stattfinden. Von 19 bis 20 Uhr soll von der «Helvetia» bis zum Spiegelhof eine Menschenkette gebildet werden. Pierre-Alain Niklaus, Leiter der Anlaufstelle: «Wir wollen damit zeigen, dass wir mit dem Vorgehen der Behörden nicht einverstanden sind.»

BaZ Erschienen am: 25.11.2004

briefe

Fall Jasmin: Linke werden aktiv; BAZ 24.11.04

Gegenrecht

Häusliche Gewalt ist, spätestens seit der Offizialisierung, auch in der Schweiz ein Thema. Ist jemandem ein Fall bekannt, in dem eine in der Schweiz wohnhafte Mutter von ihrem gewalttätigen Mann nach Ecuador geflüchtet ist?

Hugo Münger, Zwingen

Verhältnismässigkeit

Aus eigenen Erfahrungen weiss ich um die heiklen Zustände in Teilen Südamerikas, vor allem was Ausbildung und dementsprechende soziale Rangordnung betrifft. Wenn man bedenkt, wie viele, zum Teil kriminelle Personen anderer Staatsangehörigkeit hier illegal leben, frage ich mich, wo denn da die gerade von den Behörden viel gepriesene Verhältnismässigkeit geblieben ist. Für mich persönlich legt dieser Zustand die Vermutung nahe, dass überhaupt nicht nur in so genannten Drittweltländern willkürliche Gesetzesauslegung an die Tagesordnung gehört.

Ich kann nur hoffen, dass sich die betroffenen «Papiertiger» darüber Gedanken machen, wie so ein Skandal zu verhindern ist und beim nächsten Fall die für die zugegebenermassen schwierige Ausländersituation unbedingt erforderliche Verhältnismässigkeit gewährleistet werden kann.

Alois Vontobel, Gempen

Gewalttätigkeit gibt es überall

Natürlich ist das Schicksal der beiden Mädchen nicht schön. Nichtdestotrotz bleibt ein schaler Nachgeschmack: Gewalttätige Eltern oder Partner gibt es überall - auch in der Schweiz. Wer aber hätte die Mittel, ans andere Ende der Welt zu fliegen - und wie denkt eine Mutter, die sich selbst versteckt, in Sicherheit bleibt und ihre Kinder dem Schicksal überlässt resp. alleine zurückreisen lässt?

I.H.A., Basel

Eine «feine» Mutter

Weshalb war es überhaupt möglich, diese beiden bedauernswerten armen Geschöpfe Jasmin und Katherine unter gütiger Begleitung der aufopfernden Lehrerin zum endgültigen Abschied ans Flugzeug zu begleiten, obwohl diese gleiche Lehrerin Kenntnis vom Aufenthaltsort der «feinen» Mutter dieser beiden Mädchen hatte? Warum wurden diese Mädchen nicht in Begleitung der Mutter an die Grenze gestellt?

Max Benz-Panozzo, Basel

Mit verschiedenen Ellen gemessen

Ganz abgesehen davon, dass es eine unendliche Feigheit bedeutet an zwei minderjährigen Mädchen die volle Härte des Gesetzes zu statuieren, wobei ja noch abzuklären wäre ob die ganze Angelegenheit juristisch einwandfrei war, ist es empörend feststellen zu müssen, dass einmal mehr mit zwei Ellen gemessen wird. Ich habe noch nie von einer sofortigen und mit derartig viel Nachdruck betriebenen Ausschaffung von kriminellen Asylanten und ohne Aufenthaltsgenehmigung hier weilenden Ausländern gelesen! Die Angelegenheit ist eine Schande für die so genannte Kulturstadt Basel! Da wird frei nach dem Motto: Augen zu und durch gehandelt. Hauptsache unser Wille geschehe!

Jean-Luc Roulet, Basel

Baslerstab 25.11.04

Regierung unter Anklage

Der Anwalt der ausgeschafften Mädchen erhebt Staatshaftungsklage gegen den Kanton. Und erstmals meldet sich die Mutter zu Wort.

«Ich bitte die Bevölkerung, weiterhin Druck auf die Behörden zu machen, damit meine Kinder wieder zu mir in die Schweiz zurück können», so Cecilia Duran, Mutter der beiden ausgeschafften Mädchen in einem offenen Brief.

Vorgestellt wurde das Schreiben den Medien am Mittwoch. Die Schwestern waren am Samstag ausgeschafft worden (Baslerstab berichtete).

«Die Polizei hätte wissen können, dass ein Mädchen erst 13 Jahre alt ist - wenn sie es gewollt hätte», sagt Pierre-Alain Niklaus, Leiter Anlaufstelle für Sans-Papiers. Er sei mit zwei weiteren Personen gleich nach der Verhaftung der beiden zur Polizei gegangen - mit den Pässen der Mädchen. «Auf dem Gundeli-Posten wollte man diese nicht.»

Die Polizei will sich nicht mehr äussern: «Die Regierung wird im Januar zu den Interpellationen Stellung nehmen», so ihr Sprecher Klaus Mannhart.

Derzeit bereitet der Anwalt der Mutter zudem eine Staatshaftungsklage gegen den Kanton Basel vor. Ob die Schwestern unter unzulässigen Haftbedingungen und widerrechtlich inhaftiert wurden, entscheidet das Zivilgericht.

Paola Pitton

Heute Donnerstag wird um 19 Uhr eine Menschenkette von der Mittleren Brücke im Kleinbasel bis zum Spiegelhof gebildet.

Baslerstab 25.11.04

Basler Völkerrechtsexpertin zu den Ausschaffungen

«Ein ganz neuer Fall»

Anne Peters, Professorin für Völker- und Staatsrecht an der Universität Basel, nimmt im Baslerstab-Interview Stellung zu Vorwürfen und Behauptungen rund um die Ausschaffung der beiden Mädchen aus Ecuador.

Amnesty International wirft der Basler Regierung vor, mit der Ausschaffung gegen Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention verstossen zu haben. Teilen Sie diese Einschätzung?

Dieser Artikel 3 der Konvention verbietet die Ausschaffung in einen Staat, in dem einer Person eine unmenschliche Behandlung droht. Genau dieses Gebot ist auch in der schweizerischen Bundesverfassung übernommen worden und gilt also auch als Verfassungsrecht.

Wird ein Unterschied gemacht, ob Gewalt vom Staat ausgeht (z.B. Folter) oder von Privatpersonen?

Ja. Normalerweise droht eine unmenschliche Behandlung durch fremde Staatsorgane. Es gibt jedoch unter engen Voraussetzungen auch eine Schutzpflicht des Staates im privaten Bereich. Zum Beispiel wenn Mädchen vor Misshandlungen durch Private geschützt werden sollen.

Was sind das für Voraussetzungen?

Es müsste beispielsweise eine konkrete Gefahr drohen oder sich bereits ereignet haben.

Gilt eine solche Schutzpflicht im privaten Bereich nur durch den eigenen Staat – hier also Ecuador – oder müssen sich auch fremde Staaten – hier also die Schweiz – daran halten?

Gerichtlich entschieden wurden bis jetzt nur Fälle von häuslicher Gewalt, in denen Misshandlungen im eigenen Staat erfolgten.

Dann haben wir es in Basel also mit einer neuen Situation zu tun?

Ja. Zu berücksichtigen ist, dass die Schweizer Behörden in Ecuador nicht mehr helfen könnten. Deshalb kann man sich die Frage stellen, ob sie im Vorfeld verpflichtet sind, das Aufkommen einer solchen Situation gar nicht erst durch die Ausschaffung zu ermöglichen.

Sind die Schweizer Behörden verpflichtet, nähere Abklärungen im Ausland vorzunehmen, also beispielsweise ob der Vater in Ecuador gewalttätig ist?

Die Schutzpflicht für Private geht nicht soweit, einem Staat eine unzumutbare Bürde aufzuerlegen. Hier muss wertend abgewogen werden, was den hiesigen Behörden noch zumutbar ist und was sie selber für ein Interesse an einer Ausschaffung haben; Also etwa dass sie an der Aufrechterhaltung eines legalen Zustandes interessiert sind.

Ein anderes Thema betrifft die Behandlung der beiden Mädchen im Vorfeld der Ausschaffung. Durften Sie in Haft genommen werden?

Das Verhalten der Basler Polizei war in diesem Fall problematisch. Kinder unter 15 Jahren dürfen laut Bundesrecht nie in Ausschaffungshaft genommen werden. Die Polizei hat ihr Vorgehen zwar anders begründet und laut Medienberichten von polizeilichem Gewahrsam gesprochen, ist also unter einem anderen Etikett aktiv geworden. Das Bundesrecht steht aber generell über dem kantonalen Recht.

Interview: Markus Sutter

20min Publiziert am: **25. November 2004 22:39**

Menschenkette für Mädchen

Aus Protest gegen die Ausschaffung der ekuadorianischen Geschwister Jazmin (13) und Katherine (17) haben gestern rund 400 Frauen und Männer eine Menschenkette gebildet – von der Helvetia über die Mittlere Brücke bis zur Einwohnerkontrolle in der Spiegelgasse. Mit dieser Menschenkette wollte die Anlaufstelle Sans Papiers «gegen die unmenschliche Ausschaffung der Mädchen» protestieren und ein Zeichen setzen.

BaZ 26.11.04

Lichter für Jasmin

[Foto]

GEGEN AUSSCHAFFUNG. Von der Helvetia bis zum Spiegelhof bildete sich gestern Abend eine Menschenkette. Demonstriert wurde gegen die Ausschaffung zweier ecuadorianischer Mädchen. Vor den Einwohnerdiensten wurden Kerzen aufgestellt.

Baslerstab 26.11.04

[foto]

Leuchtende Menschenkette

Einige hundert Menschen haben am Donnerstagabend in Form einer Menschenkette gegen die Ausschaffung zweier Minderjähriger ecuadorianischer Mädchen demonstriert. Das Geschwisterpaar war vor über einer Woche auf der Strasse aufgegriffen, vorübergehend in Haft genommen und am vergangenen Wochenende dann - ohne ihre untergetauchte Mutter - nach Südamerika abgeschoben worden.

Baslerstab 26.11.04

kommentar

Jan Fischer

«Es sind Kinder, Kinder und nochmals Kinder»

Die Emotionen haben sich noch nicht gelegt. Die Ausschaffung der beiden minderjährigen Ecuadorianerinnen sorgt weiter für hitzige Debatten. Berechtigt.

Einmal mehr werden auf dem Rücken von Kindern bürokratische Paragraphenreitereien ausgetragen. Sans-Papiers? Illegale? Flüchtlinge? Es sind Kinder! Kinder, Kinder und nochmals Kinder! Jede weitere Titulierung, Kategorisierung oder Klassifizierung verbietet sich moralisch.

Basel ist mit seiner Politik aber bei weitem nicht alleine. Wohin man schaut: Sei es beim «Kampf gegen den internationalen Terrorismus», im globalisierten Streben zur Maximierung des Gewinns oder eben bei der sturen Umsetzung von Einwanderungsgesetzen. Überall lassen die Mächtigsten ihre Muskeln spielen, und als erstes trifft es die Schwächsten: Unsere Kinder. Die Wehrlosesten jeder Gesellschaft.

Den schwarzen Peter im aktuellen Fall allein der Polizei zuzuschieben, ist falsch. Sie setzt nur um, was die Politik vorgibt. Gesetze werden von Parlamenten und Regierungen gemacht. Diese sind von uns gewählt.

Es ist Zeit, dass das Denken und Handeln in unseren Amts- und Wohnstuben wieder von Menschlichkeit und Nächstenliebe bestimmt wird. «Kein Kind ist illegal», hiess es auf der Demo für Jazmin und Katherine. Es sollte lauten: «Ein Kind ist ein Kind.» Punkt.

Organisationen

Parteien

Von: "sanspapiersbasel" <sanspapiersbasel@gmx.ch>
Betreff: Protestaktion vor Spiegelhof morgen! siehe BAZ von heute.
Gesendet: Thu, 18 Nov 2004 11:20:23 +0100

VERHAFTET, GEFESSELT, ISOLIERT – SO NICHT !!!
RESPEKT AUCH FÜR SANS-PAPIERS-KINDER !

FREITAG, 19.11.2004, 12:00 – 13:30 UHR

FRIEDLICHER PROTEST VOR DEM SPIEGELHOF, SPIEGELGASSE 6 / BASEL

Am Sonntag nachmittag wurden zwei minderjährige Mädchen von 13 und 17 Jahren, die zusammen mit ihrer Mutter ohne Bewilligung in Basel leben, verhaftet. Die beiden Mädchen gehen seit 2 Jahren in Basel zur Schule und sind allseits beliebt. Beide wurden sehr schlecht behandelt: Handschellen; psychologischer Druck, die Adresse der Mutter preiszugeben; Nackt ausziehen zwecks Durchsuchung auf Drogen; weitere Schikanen.

Die 13-jährige wurde am Montag nach verschiedenen Interventionen wieder freigelassen, die 17-jährige sitzt immer noch in Ausschaffungshaft. Der Flug nach Ecuador ist für Samstag gebucht.

WIR PROTESTIEREN:

- Der 20.11.04 ist der internationale Tag des Kindes. Dieser wird in Basel unter dem Motto: "Wir sind da – Kinder aus andern Kulturen wirken mit." begangen. Ausgerechnet an diesem Tag sollen auch die minderjährigen Mädchen ausgeschafft werden! So nicht!
- Die Kinder wurden von der Basler Polizei wie erwachsene Kriminelle behandelt! So nicht!
- Die Schweiz hat die Kinderrechtskonvention unterschrieben. Auch die Polizei und die Einwohnerdienste müssen die Rechte der Kinder respektieren!

Bitte kommt zahlreich und bringt je ein Plüschtier oder ähnliches mit. Wir werden diese in einer symbolischen Aktion niederlegen.

Rückfragen: anlaufstellebasel@gmx.ch oder 061 681 56 10

Pierre-Alain Niklaus
Leiter Anlaufstelle für Sans-Papiers
www.sans-papiers-basel.ch

Von: "Hannes Reiser" <hannesreiser@gmx.ch>

Betreff: Protestaktion vor Spiegelhof morgen! siehe BAZ von heute.

Gesendet: Thu, 18 Nov 2004 20:21:11 +0100

VERHAFTET, GEFESSELT, ISOLIERT ? SO NICHT !!! RESPEKT AUCH FÜR SANS-PAPIERS-KINDER !

FRIEDLICHER PROTEST

VOR DEM POLIZEIDEPARTEMENT SPIEGELHOF, SPIEGELGASSE 6 / BASEL

FREITAG, 19.11.2004, 12:00 - 13:30 UHR

Am Sonntag nachmittag wurden zwei minderjährige Mädchen von 13 und 17 Jahren, die zusammen mit ihrer Mutter ohne Bewilligung in Basel leben, verhaftet.

Die beiden Mädchen gehen seit 2 Jahren in Basel zur Schule und sind allseits beliebt. Beide wurden sehr schlecht behandelt: Handschellen; psychologischer Druck, die Adresse der Mutter preiszugeben; Nackt ausziehen zwecks Durchsuchung auf Drogen; weitere Schikanen.

Die 13-jährige wurde am Montag erst nach verschiedenen Interventionen wieder freigelassen, die 17-jährige sitzt immer noch in Ausschaffungshaft. Der Flug nach Ecuador ist für Samstag gebucht.

WIR PROTESTIEREN:

Der 20.11.04 ist der internationale Tag des Kindes. Dieser wird in Basel unter dem Motto: "Wir sind da - Kinder aus andern Kulturen wirken mit." begangen. Ausgerechnet an diesem Tag sollen auch die minderjährigen Mädchen ausgeschafft werden! So nicht!

Die Kinder wurden von der Basler Polizei wie erwachsene Kriminelle behandelt! So nicht!

Auch die Polizei und die Einwohnerdienste müssen die Rechte der Kinder respektieren!

Bitte kommt zahlreich und bringt je ein Plüschtier oder ähnliches mit. Wir werden diese in einer symbolischen Aktion niederlegen.

WER NICHT IN BASEL WOHT, SOLL SEINE FREUNDINNEN UND FREUNDE IN BASEL MOBILISIEREN!

Rückfragen: anlaufstellebasel@gmx.ch oder 061 681 56 10

Pierre-Alain Niklaus

www.sans-papiers-basel.ch

oder

Hannes Reiser 076 368 01 84

<http://www.neuepda.ch/> 19.11.2004

Verhaftet, gefesselt, isoliert

Es ist sehr bedenklich, dass sich die Basler Polizei immer schwächere Opfer sucht. Nun mussten zwei Mädchen im Alter von 13 und 17 Jahren dran glauben. Mit durchaus keinen neuen Methoden haben sie die beiden Mädchen erniedrigt und ihnen Angst eingejagt. Und alles nur, weil diese sich "illegal" in der Schweiz aufhalten.

Philipp Loser trifft es sehr genau: "Es ist für einen Rechtsstaat unwürdig und beschämend." Am meisten getroffen haben mich die Aussagen von Herrn Auderset. Sie zeugen von Ignoranz, Inkompetenz und machen mich einfach nur wütend.

Es ist auch wieder mal typisch für die gesamte Schweiz. Wir predigen Wasser und trinken Wein. Die ganze Welt wollen wir in Sachen "Frieden" und "Zusammenleben" belehren, doch geben wir selbst ein sehr schlechtes Beispiel ab.

Andrej Lützel Schwab, Sekretär Neue PdA Basel

Leserbrief an die Basler Zeitung

<http://www.gruene.ch/> 20.11.2004

Ausschaffung zweier Mädchen am intern. Tag des Kindes

Hunderte «sans papiers» Kinder sind in der Schweiz von Ausschaffung bedroht. Das Recht der Kinder auf Bildung ist durch das zunehmend repressive Verhalten der Polizeiorgane gefährdet. Letzten Sonntag, 14. November 2004, wurden in Basel ein 13- und ein 17-jähriges Mädchen aus Ecuador unter menschenunwürdigen und gesetzeswidrigen Umständen in Einzelhaft genommen. Heute Samstag, 20. November - am internationalen Tag des Kindes! - wurden die Mädchen nach Quito, Ecuador, ausgeschafft. Der Parteivorstand der Grünen Schweiz ist empört über das menschenverachtende Verhalten der Behörden von Basel-Stadt.

Verabschiedet am 20. November 2004 vom Vorstand der Grünen Partei der Schweiz

<http://www.sosf.ch/> 21.11.04

[S-P] Skandal: Illegale Ausschaffung von zwei minderjährigen Mädchen durch die Basler Polizei am Tag des Kindes

Die 13-jährige Jazmin und ihre 17-jährige Schwester Katherine sind alleine nach Ecuador ausgeschafft worden. Diese Ausschaffung ist aus menschlicher und rechtlicher Sicht ein Skandal und hätte nie stattfinden dürfen. Für uns ist dieser Fall noch keineswegs abgeschlossen. Weitere politische und rechtliche Schritte werden folgen.

Detailinformationen und Fotos in der Medienmitteilung der Anlaufstelle für Sans-Papiers (1.8 MB)

http://www.sosf.ch/blog/sp_20041121kinderausschaffung.pdf

posted by Solidarité sans frontières @ 13:22

<http://www.sp-bs.ch/> 23.11.2004

AKTUELL

Schwarzer Tag des Kindes - Jazmin und Katherine ausgeschafft

Unter dem Motto "Tag des Kindes 2004 - Kinder aus anderen Ländern wirken mit" hätte der diesjährige Tag des Kindes in Basel stehen sollen. Für zumindest zwei Mädchen - wenn auch 'illegal' im Land, so doch seit zwei Jahren integriert und beliebt - galt das Motto nicht mehr. Nach einer unmenschlichen Festnahme und Aufenthalt im Gefängnis wurden sie - ohne ihre Mutter - 'ausgeschafft'.

Lesen Sie dazu die Medienmitteilung der Anlaufstelle für Sans-Papiers (mit einer Dokumentation des Falles).

Donnerstag, 25. November 2004, 19-20 Uhr

Menschenkette über den Rhein, auf der Mittleren Brücke

Wir formieren uns im stillen Protest zu einer Menschenkette von der "Helvetia" (Kleinbasler Seite), Symbol eines weltoffenen Basels, bis zum Spiegelhof (Einwohnerdienste), verantwortlich für die unmenschliche Ausschaffung der Mädchen. Bitte ein Licht (Laterne etc.) mitbringen.

Weitere Informationen: sanspapiersbasel@gmx.ch / Tel. 061 681 56 10

Doris Gysin hat im Grossen Rat eine Interpellation eingereicht zu dieser Ausschaffung, die im krassen Widerspruch zur Kinderrechtskonvention steht.

1989 wurde die UNO-Kinderrechtskonvention unterzeichnet, die seit 1997 auch für die Schweiz verbindlich ist. Der "Tag des Kindes" wird aus diesem Anlass alljährlich am 20. November in der Schweiz und in anderen Ländern gefeiert.

<http://www.neuepda.ch/> 23.11.2004

Tag des Kindes - Tag der Schande

Am Sonntag, 14.11.2004, nachmittags wurden die zwei ecuadorianischen Mädchen Jazmin (13j) und Katherine (17j), die zusammen mit ihrer Mutter ohne Bewilligung in Basel leben, verhaftet. Die beiden Mädchen gehen seit 2 Jahren in Basel zur Schule und sind allseits beliebt. Beide wurden sehr schlecht behandelt: Handschellen; psychologischer Druck, die Adresse der Mutter preiszugeben; Nackt ausziehen zwecks Durchsuchung auf Drogen; weitere Schikanen. Alle Proteste und Eingaben nutzten nichts.

Jazmin und Katherine wurden am Samstag, dem internationalen Tag des Kindes, nach Ecuador ausgeschafft, ihre Mutter ist noch in Basel. Die Behandlung durch die Basler Polizei und durch die Einwohnerdienste ist skandalös, unmenschlich und eines offenen Basel unwürdig.

Donnerstag, 25. November 2004, 19-20 Uhr

Menschenkette über den Rhein

Mittlere Brücke / Basel

Wir formieren uns zu einer Menschenkette von der "Helvetia" (Kleinbasler Seite), Symbol eines weltoffenen Basels, bis zum Spiegelhof (Einwohnerdienste), verantwortlich für die unmenschliche Ausschaffung der Mädchen. Bitte ein Licht (Laterne etc.) mitbringen.

<http://www.sosf.ch/> 23.11.04

[S-P] Menschenkette als Protest gegen die Ausschaffung von Jazmin (13) und Katherine (17)

Für den Donnerstag, 25. November 2004, 19-20h ruft das Sans-Papiers Kollektiv auf, sich zu einer Menschenkette über die Mittlere Brücke in Basel zu formieren:

Tag des Kindes – Tag der Schande!

Aufruf zu einem stillen Protest am 25. November in Basel gegen die unmenschliche Behandlung und Ausschaffung von Jazmin (13) und Katherine (17).

Am Sonntag, 14.11.2004, nachmittags wurden die zwei ecuadorianischen Mädchen Jazmin (13) und Katherine (17), die zusammen mit ihrer Mutter ohne Aufenthalts-Bewilligung in Basel leben, verhaftet. Die beiden Mädchen gehen seit 2 Jahren in Basel zur Schule und sind allseits beliebt. Beide wurden sehr schlecht behandelt: Handschellen; psychologischer Druck, die Adresse der Mutter preiszugeben; Nackt ausziehen zwecks Durchsuchung auf Drogen; weitere Schikanen. Alle Proteste und Eingaben nutzten nichts.

Jazmin und Katherine wurden am Samstag, dem internationalen Tag des Kindes, nach Ecuador ausgeschafft, ihre Mutter ist noch in Basel. Die Behandlung durch die Basler Polizei und durch die Einwohnerdienste ist skandalös, unmenschlich und eines offenen Basel unwürdig.

Donnerstag, 25. November 2004, 19-20 Uhr

Menschenkette über den Rhein

Mittlere Brücke / Basel

Wir formieren uns zu einer Menschenkette von der „Helvetia“ (Kleinbasler Seite - Symbol eines weltoffenen Basels), bis zum Spiegelhof (Einwohnerdienste - verantwortlich für die unmenschliche Ausschaffung der Mädchen). Bitte ein Licht (Laterne etc.) mitbringen.

Interpellationen

<http://www.sp-bs.ch/> 23.11.2004

Interpellation Doris Gysin

Ausschaffung von zwei ecuadorianischen Schwestern vom 20.11.2004

Am Tag des Kindes wurden zwei ecuadorianische Schwestern, 13 und 17 Jahre alt, gegen ihren Willen zu ihrem Vater nach Ecuador ausgeschafft. Die Mutter, sie lebt seit 4 Jahren ohne Bewilligung in der Schweiz, ist aus Angst vor ihrem gewalttätigen Ehemann hier geblieben. Sie ist alleinige elterliche Obhutsberechtigte.

Dieser gravierende Eingriff steht in krassem Widerspruch zur Kinderrechtskonvention, welche von der Schweiz ratifiziert wurde.

Im Artikel 9.1 heisst es : Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass ein Kind nicht gegen den Willen seiner Eltern von diesem getrennt wird, es sei denn, dass die zuständigen Behörden in einer gerichtlich nachprüfaren Entscheidung nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften und Verfahren bestimmen, dass diese Trennung zum Wohl des Kindes notwendig ist.

Der Darstellung der Presse (BaZ 22.11.2004, S. 11) ist zu entnehmen, dass im beschriebenen Fall das Wohl der Kinder nicht vorrangig berücksichtigt wurde.

Offenbar hat das AKJS (Amt für Kindes- und Jugendschutz) die Einwohnerdienste noch vor der Ausschaffung aufgefordert, das Ausschaffungsverfahren zur Errichtung einer Vertretungs-Beistandschaft zu sistieren.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Die Schweiz hat die UNO-Kinderrechtskonvention ratifiziert. Wie rechtfertigt die Regierung auch auf dem Hintergrund von Art 9.1 die Ausweisung der beiden Mädchen rechtlich und menschlich ?
2. Weshalb wurde der Eingabe des AKJS zur Errichtung einer Vertretungs-Beistandschaft im Falle der beiden ecuadorischen Mädchen nicht Folge geleistet ?
3. Welche Bedeutung kommt grundsätzlich in einem Ausschaffungsverfahren den Stellungnahmen des AKJS zu ?
4. Wäre es im Sinne eines effektiven Kinderschutzes nicht dringend angezeigt, bei der Ausschaffung von Kindern, die geltend machen, dass sie im Heimatland gefährdet sind, von Amtes wegen beim AKJS eine Stellungnahme einzufordern ?

Doris Gysin Basel, den 23. November 2004

Theoretischer Anhang

Justizdepartement - Medienmitteilung vom 11. November 2004

Tag des Kindes 2004 – Kinder aus anderen Ländern wirken mit

"Wir sind da – Kinder aus anderen Ländern wirken mit". Unter diesem Motto steht der diesjährige Tag des Kindes im Kanton Basel-Stadt. Institutionen aus dem Kinderbereich haben ein buntes und vielfältiges Programm für Kinder und Erwachsene in den Quartieren zusammengestellt. Dabei steht die aktive Mitgestaltung und Integration von allen Kindern im Zentrum.

Der 20. November steht auch dieses Jahr ganz im Zeichen der Kinder und wird im Kanton Basel-Stadt entsprechend gefeiert. Bereits zum vierten Mal organisieren das Kinderbüro Basel und die Abteilung Jugend, Familie und Prävention des Justizdepartements Basel-Stadt (AJFP) zusammen mit Basler Institutionen aus dem Kinderbereich den "Tag des Kindes". Ab Montag, den 15. November 2004, finden in den Quartieren anlässlich dieses national und international gefeierten Tages Spiele, Aktionen und Überraschungen für Kinder statt. 1989 wurde die UNO-Kinderrechtskonvention unterzeichnet, die seit 1997 auch für die Schweiz verbindlich ist. Der "Tag des Kindes" wird aus diesem Anlass alljährlich in der Schweiz und in anderen Ländern gefeiert.

Der diesjährige "Tag des Kindes" steht unter dem Motto "Wir sind da – Kinder aus anderen Ländern wirken mit!". Die Möglichkeit, seine Umwelt aktiv mitzugestalten, seine Meinung einzubringen und ernst genommen zu werden, trägt zu einer gesunden Entwicklung jedes Kindes bei. Im Kanton Basel-Stadt leben rund 8000 Kinder aus Migrationsfamilien. Ziel des "Tag des Kindes" ist es, die Mitwirkung und Integration aller Kinder zu fördern und zu ermöglichen. Jedes Kind, ob mit oder ohne Schweizer Pass, soll erfahren, dass es mit seinen Ansichten, Anliegen, Wünschen und Ideen wichtig ist.

Die zahlreichen Basler Einrichtungen aus dem Bereich Freizeit und Betreuung von Kindern haben ein vielfältiges Programm mit unterschiedlichen Anlässen zusammengestellt. Das Angebot reicht von Spielen aus aller Welt über exotisches Kochen oder Henna-Schminken, einem gemeinsamen Länderpuzzle bis zum Austausch über die verschiedenen kulturellen Hintergründe der teilnehmenden Kinder. Das Kinderbüro Basel und die AJFP unterstützen die Einrichtungen dabei finanziell und durch Vernetzungs-, Koordinations- und Öffentlichkeitsarbeit.

Weitere Auskünfte

Susanna Piccarreta
stv. Beauftragte für Kinder- und Jugendfragen,
Abteilung Jugend, Familie und Prävention (AJFP)
Tel. 061 267 81 83

Cornelia Herrmann
Kinderbüro Basel
Tel. 061 263 33 55

Beilagen

- Aktionen Tag des Kindes
- PDF Dokument PDF Dokument, 33.5 KB

Justizdepartement des Kantons Basel-Stadt
Rheinsprung 16, 4001 Basel
061 267 81 81
Website: www.jd.bs.ch

Auszug aus der UNO-Kinderrechtskonvention

www.unicef.ch

Die zehn grundlegenden Kinderrechte:

1. Das Recht auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung unabhängig von Rasse, Religion, Herkunft und Geschlecht.
2. Das Recht auf einen Namen und eine Staatszugehörigkeit
3. Das Recht auf Gesundheit
4. Das Recht auf Bildung und Ausbildung
5. Das Recht auf Freizeit, Spiel und Erholung
6. Das Recht, sich zu informieren, sich mitzuteilen, gehört zu werden und sich zu versammeln
7. Das Recht auf eine Privatsphäre und eine Erziehung im Sinne der Gleichberechtigung und des Friedens
8. Das Recht auf sofortige Hilfe bei Katastrophen und Notlagen und auf Schutz vor Grausamkeit, Vernachlässigung, Ausnutzung und Verfolgung
9. Das Recht auf eine Familie, elterliche Fürsorge und ein sicheres Zuhause
10. Das Recht auf Betreuung bei Behinderung

<http://www.unicef.org/crc/fulltext.htm>

Article 9

1. States Parties shall ensure that a child shall not be separated from his or her parents against their will, except when competent authorities subject to judicial review determine, in accordance with applicable law and procedures, that such separation is necessary for the best interests of the child. Such determination may be necessary in a particular case such as one involving abuse or neglect of the child by the parents, or one where the parents are living separately and a decision must be made as to the child's place of residence.

Artikel 9

1. Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass ein Kind nicht gegen den Willen seiner Eltern von diesen getrennt wird, es sei denn, dass die zuständigen Behörden in einer gerichtlich nachprüfaren Entscheidung nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften und Verfahren bestimmen dass diese Trennung zum Wohl des Kindes notwendig ist. Eine solche Entscheidung kann im Einzelfall notwendig werden, wie etwa wenn das Kind durch die Eltern misshandelt oder vernachlässigt wird oder wenn beigetrennt lebenden Eltern eine Entscheidung über den Aufenthaltsort des Kindes zu treffen ist.